Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2016 · 55:696

DOI 10.1007/s00120-016-0128-z

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2016

Redaktion

W. Bühmann (V.i.S.d.P.)

Keitumer Süderstr.33 c

25980 Sylt OT Keitum

Arbeitsbedingungen mitverantwortlich für hohe Teilzeitquote in der Pflege

Als ungünstig empfundene Arbeitsbedingungen bewegen viele Pflegekräfte dazu, Teilzeit statt Vollzeit zu arbeiten. Das berichten Wissenschaftler um Denise Becka, Michaela Evans und Fikret Öz vom Institut Arbeit und Technik (IAT/Westfälische Hochschule) in einer aktuellen Studie.

Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in der Gesundheits- und Krankenpflege arbeitet in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung. Die Forscher wollten herausfinden, ob die Aufstockung von Teilzeitstellen eine Möglichkeit wäre, den Fachkräftemangel in der Pflege abzufedern.

Dazu analysierten sie anhand von Daten des Lohnspiegels des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung persönliche Interessen und Motivationen von Pflegekräften, ihre Präferenzen zu Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten sowie Gründe für die Ausübung von Teilzeitarbeit. Danach gibt es zwar grundsätzlich ein Potenzial zur Ausweitung der Beschäftigung in der Pflege, die Befragten favorisieren eine Verlängerung ihrer Arbeitszeiten aber oft nicht: „Im Vergleich mit anderen Berufen und Branchen gibt es strukturelle Ungleichheiten und Belastungen in den Pflegeberufen, die den Wunsch nach Teilzeitarbeit prägen“, stellt die Studie fest.

Das Ziel, Arbeitskraftreserven zu mobilisieren, hänge daher maßgeblich davon ab, ob es gelinge, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die den „Rückzug in die Teilzeitarbeit“ verhinderten, meinen die Autoren. Dazu empfehlen sie unter anderem neue flexible Arbeitszeitmodelle und eine breitere und abwechslungsreiche Tätig-

keit der Pflegenden zum Beispiel über Job-Rotationsmodelle, die auch die Arbeitsbelastung vermindern könnten.

© hil/aerzteblatt.de **ÄrztInnen in Deutschland: weiter steigender Bedarf**

Welche andere Berufsgruppe kann das schon von sich behaupten? Auf dem Arbeitsmarkt für Ärztinnen und Ärzte herrscht bei einer Arbeitslosenquote von einem Prozent Vollbeschäftigung. Eigentlich eine sehr gute Nachricht für Angehörige dieser Berufsgruppe, wenn sie nicht gleichzeitig den zunehmenden Versorgungsbedarf einer älter werdenden Bevölkerung mit in den Blick fassen müssten. Prognosen sagen immer mehr ambulante Behandlungsfälle und zunehmende Fallzahlen im stationären Bereich voraus. Doch bereits heute können häufig ärztliche Stellen aus Mangel an Bewerbern nicht mehr besetzt werden.

„Die Zahl der Ärzte steigt, aber der Bedarf steigt schneller“, fasst BÄK-Präsident Prof. Dr. med. Frank Ulrich Montgomery die Ergebnisse der Ärztestatistik zusammen. Er fordert ein entschiedenes Gegensteuern, um die medizinischen Versorgungsprobleme in Zukunft bewältigen zu können. So regt Montgomery an, die Zahl der Studienplätze in der Medizin um mindestens zehn Prozent zu erhöhen. „Noch im Jahr 1990 gab es in den alten Bundesländern 12.000 Plätze im Studiengang Humanmedizin. Heute sind es gerade noch 10.000, obwohl durch die Wiedervereinigung acht medizinische Fakultäten hinzugekommen sind“, sagt der BÄK-Präsident. Gleichzeitig plädiert er dafür, das Auswahl-

verfahren an den Universitäten so zu reformieren, dass eher die Medizinkandidaten zum Zuge kommen, die später tatsächlich in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung arbeiten wollen.

Die aktuelle Ärztestatistik zeigt darüber hinaus eine Verstetigung von Trends der vergangenen Jahre:

- Die Zahl der angestellten Vertragsärzte und -psychotherapeuten nimmt 2015 weiter deutlich zu, und zwar um 10,6 % auf 27.174, darunter 1083 Psychologische Psychotherapeuten. Die KBV weist in ihrer Auswertung darauf hin, dass sich die Zahl der angestellten Ärzte seit dem Jahr 2005 nahezu verdreifacht habe.
- Der Anteil der Ärztinnen an der Gesamtzahl der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte ist im Jahr 2015 weiter angestiegen und liegt mittlerweile bei 46,0 % (zum Vergleich: 1991 waren es noch 33,6 %). Inzwischen beträgt der Anteil der Ärztinnen an den Erstanmeldungen bei den Ärztekammern 54,5 %; berücksichtigt man nur die deutschen Ärztinnen und Ärzte, liegt dieser Wert bei 58,3 %.
- Auch im niedergelassenen Bereich sind die Frauen auf dem Vormarsch. Ihr Anteil ist dort bis Ende 2015 auf 44,1 % gestiegen. In der Chirurgie, Orthopädie und Urologie liegt ihr Anteil dagegen noch bei knapp über zehn Prozent.
- Weiterhin ist die Zuwanderung ausländischer Ärztinnen und Ärzte nach Deutschland sehr hoch – deutliches Indiz dafür, dass der Bedarf insbesondere an den Krankenhäusern mit dem Nachwuchs aus Deutschland allein nicht gedeckt werden kann. Der Anteil der Ausländer an den Erstmeldungen bei den Ärz-

tekammern betrug im vergangenen Jahr 31,1 %. Die Gesamtzahl der in Deutschland gemeldeten Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland liegt bei 42.604, das sind 2943 mehr (7,4 %) als in dem Jahr davor.

Thomas Gerst, aerzteblatt.de **Pharmadialog: Preisbremse für Arzneien bleibt**

Rund 15 Monate haben Bundesregierung, Pharmaverbände, Gewerkschaften und Krankenkassen über den Pharmastandort Deutschland beraten. Dabei standen Forschung, Produktionsbedingungen und eine hochwertige, aber bezahlbare Arzneimittelversorgung für die Bevölkerung auf der Tagesordnung. Die Hoffnungen der Pharmavertreter, das leidige Verfahren nach dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) aufweichen zu können, wurde in den Gesprächen des Pharmadialogs nicht erfüllt.

Größtes Streitthema in den Dialog-Runden war die Diskussion um die Fortführung des Verfahrens der frühen Nutzenbewertung durch das AMNOG aus dem Jahr 2011. Laut Pressemitteilung „sehen die Dialogpartner das AMNOG-Verfahren als ‚Qualitätsmerkmal‘ für den Standort Deutschland an und wollen es weiterentwickeln“. Dabei soll bei den hochpreisigen und neuen Arzneimitteln, die im AMNOG-Verfahren durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) geprüft werden, weiterhin eine Preisbremse erhalten bleiben.

© bee/aerzteblatt.de